

# Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den  
Österreichischen Universitäten

Projekt Institut für Internationale Entwicklung /

Zentrum für überfachliche Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,

Margit Franz, Irmi Hanak,

Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,

Andreas Novy, Herwig Palme,

Christof Pamreiter, Kunibert Raffler,

Andreas Schedler, Walter Schicho,

Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Eisenhans (Leipzig),

Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),

Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),

Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),

Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),

Dieter Rothermund (Heidelberg),

Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),

Oswaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: **http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep**

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

## Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

### Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft 1/2001; XVI. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementsbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: [int-entwicklung@univie.ac.at](mailto:int-entwicklung@univie.ac.at)

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

# JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 1, 2001

## Austrian Journal of Development Studies

### Überbevölkerung UnterEntwicklung Diskurse um Bevölkerungspolitik

#### Schwerpunktreдактеurin: Elisabeth Aufhauser

Editorial . . . . .	5
<b>Artikel</b>	
Elisabeth Aufhauser Diskursfeld Bevölkerungspolitik Zwischen „Menschenökonomie“ und „Menschenrechten“ . . . . .	7
Aurelia Weikert Zu viel oder zu wenig? Alte Ideen vom „besseren“ Menschen und neue Reproduktions- technologien . . . . .	29
Elisabeth Aufhauser und Rosa Diketmüller Überbevölkerung Macht Armut – schafft Bevölkerungspolitik Wohl- stand? Was Familienplanung angeblich für die Armutsbekämpfung leistet . . .	47
Ingrid Schwarz Bevölkerungspolitik, reproduktive Rechte und Empowerment von Frauen Durch globale Perspektiven zu lokalen Veränderungen . . . . .	69
Heide Mertens Natürliche Umwelten und menschliche Bevölkerungen Zum menschlichen Naturverhältnis in der Bevölkerungsdiskussion . . .	87
<b>Rezension</b> . . . . .	103
Über Autoren und Autorinnen . . . . .	105
Informationen für Autoren und Autorinnen . . . . .	106

- Goldscheid, Rudolf. 1911. *Höherentwicklung und Menschenökonomie*. Leipzig.
- Goldscheid, Rudolf. 1914. „Menschenökonomie als neuer Zweig der Wirtschaftswissenschaft“. In: Georg von Mayr und Friedrich Zahn, o.J. *Allgemeines Statistisches Archiv*. Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Sonderabdruck aus Band VIII, Heft 3/4, München, Berlin/Leipzig.
- Hickel, Erika und Bernd Klees. 1986. *Gen-Technik oder Gen-Manipulation? Kritische Anmerkungen zur Zurückführung von Mensch und Natur*. Braunschweig: Steinweg Verlag.
- Köbsell, Swantje und Anne Waldschmidt. 1989. „P.D., Behinderung und Angst“. In: Paul Brash, Erika Feyerabend und Ute Winkler. Hg. *Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien*. Beiträge zum 2. Bundesweiten Kongreß, Frankfurt, 28.–30.10.1988. München: Frauenoffensive, 102–107.
- Kühl, Stefan. 1997. „Die Deutschen schlagen uns mit unseren eigenen Waffen“. Die Unterstützung der nationalsozialistischen Rassenpolitik durch amerikanische Eugeniker.“ In: Heidrun Kaupen-Haas und Christiane Rothmaler. Hg. *Sozialhygiene und Public Health*. Bd. 5, Moral, Biomedizin und Bevölkerungskontrolle. Frankfurt am Main: Mabuse, 115–133.
- Lehner, Karin. 1989. *Verpönte Eingriffe. Sozialdemokratische Reformbestrebungen zu den Abtreibungsbestimmungen in der Zwischenkriegszeit*. Wien: Picus.
- Malthus, Thomas R. 1905. *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz, oder eine Untersuchung seiner Bedeutung für die menschliche Wohlfahrt in Vergangenheit und Zukunft, nebst einer Prüfung unserer Ansichten auf eine künftige Beseitigung oder Linderung der Uebel, die es verursacht*. Jena.
- Orland, Barbara. 1987. „Kinderkriegen – eine Sache der Spitzentechnologie. Bericht vom 13. Deutschen Kongreß für Perinatale Medizin in Berlin“. *GID*, Nr. 28, 3–5.
- Riegler, Johanna und Aurelia Weikert. 1993. „Heisere Gegenstimmen – Reflexionen zur Kritik an Gen- und Reproduktionstechnologien“. In: Eva Fleischer und Ute Winkler. Hg. *Die kontrollierte Fruchtbarkeit. Neue Beiträge gegen die Reproduktionsmedizin*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 121–133.
- Rothmaler, Christiane. 1989. „... die im Schatten sieht man nicht? Frauen als Planerinnen und Volizieherinnen sozialhygienischer Strategien. Das Beispiel Käthe Petersen.“ In: Weikert, Aurelia, Johanna Riegler und Lisbeth Trallori. Hg. *Schöne Neue Männerwelt*. Beiträge zu Gen- und Fortpflanzungstechnologien. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik (2. Auflage), 41–54.
- Saule, H. und K. Riegel. 1985. „Qualitätskontrolle und -sicherung in der klinischen Kindermedizin.“ *Der Kinderarzt*, 16. Jg., Nr. 3, 306–316.
- Schindele, Eva. 1990. *Gläserne Gebärmütter. Vorgeburtliche Diagnostik – Fluch oder Segen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Schwerin, Alexander von. 1995. „Humangenetik ganz privat“. *GID*, Nr. 108/109, 25–29.
- Tandler, Julius. 1924. *Ehe und Bevölkerungspolitik*. Wien/Leipzig.
- Taylor Allen, Ann. 1991. „Feminismus und Eugenik im historischen Kontext.“ *Feministische Studien*, H. 1, 46–68.
- Weidenbach, Thomas. 1991. „Das falsche Gen – und du fliegst raus“. *natur*, 8, 24–31.
- Weikert, Aurelia. 1998. *Genomtes Leben. Bevölkerungspolitik und Eugenik*. Wien: Promedia.
- Zimmermann, Susan. 1988. „Weibliches Selbstbestimmungsrecht und auf ‚Qualität‘ abzielende Bevölkerungspolitik. Ein unverarbeiteter Zusammenhang in den Konzepten der frühen Sexualreform.“ *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 21/22, 53–71.
- Zipfel, Gaby. 1987. *Die Enteignung der weiblichen Natur*. Hamburg: Konkret-Literatur-Verlag.

Aurelia Weikert, Pointengasse 24, A-1170 Wien  
e-mail: aurelia.weikert@aon.at

Journal für Entwicklungspolitik XVII/1, 2001, S. 47–67

## **Elisabeth Aufhauser und Rosa Diketmüller Überbevölkerung Macht Armut – schafft Bevölkerungs- politik Wohlstand?**

### **Was Familienplanung angeblich für die Armutsbekämpfung leistet**

#### **1. Einleitung**

Für das Entstehen, die Persistenz und die Dynamik von Armut gibt es eine Vielzahl an Erklärungsmustern. Das Phänomen ist recht komplex – und dennoch fällt es vielen Menschen leicht, primär einmal „die vielen Kinder, die die Menschen in den Entwicklungsländern haben“ für deren Verarmung verantwortlich zu machen. In unserem Beitrag wollen wir nachvollziehen, wie es die internationale Bevölkerungslobby schaffte, in unseren Köpfen zu verankern, dass der Armut weltweit am besten mit Familienplanung zu begegnen ist – und dass wir, die Menschen des industrialisierten Nordens, die ethische Pflicht haben, den armen Frauen im Süden den Zugang zu modernen Kontrazeptiva zu ermöglichen.

In Kapitel 1 geht es darum, wer denn eigentlich diejenigen sind, die das „Weltbevölkerungsproblem“ und dessen Bedeutung für die Verarmung so hervorragend inszenieren und mit wessen Geldern und welchen Geldsummen internationale Bevölkerungspolitik tatsächlich betrieben wird. Anschließend wird in aller Kürze nachgezeichnet, welche Geschichte der Begriff „Überbevölkerung“ im Zusammenhang mit Armutsphänomenen und deren Bewältigung hat. Kapitel 3 fasst zusammen, mit welchen Strategien die „Bevölkerungslobby“ im Verlauf der Nachkriegszeit arbeitet, um Familienplanung als zentralen Ansatzpunkt zur Bekämpfung von Armut in den Ländern des Südens zu verankern, Kapitel 4 erörtert die Argumente, mit denen „den Armen“ Familienplanung als bester Weg aus der Verarmung verkauft wird.

#### **2. „Regisseure“ der internationalen Bevölkerungspolitik**

Nicht alle Menschen scheinen davon überzeugt zu sein, dass Überbevölkerung und Verarmung direkt zusammenhängen und dass Familienplanung „die Lösung“ für die weltweite Armut ist. Bis weit in die 60er Jahre hinein ist sogar die Annahme, dass das weltweite Bevölkerungswachstum überhaupt ein Problem darstelle, äußerst umstritten (Heim/Schaz 1996: 161). Das Szenario der überbevölkerten Erde und die daraus ableitbare Verarmung der Weltbevölkerung muss daher von der internationalen Bevölkerungslobby im Verlauf der Nach-

kriegszeit immer wieder neu inszeniert und die Notwendigkeit von weitweiten bevölkerungspolitischen Aktivitäten immer wieder neu legitimiert werden.

Wer von den Personen und Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle spielen, ist nun aber eigentlich zu den „Regisseuren“ der internationalen Bevölkerungspolitik, zu den Lobbyisten pro Familienplanung zu zählen? Wer spielt im bevölkerungspolitischen Spektakel eine zentrale Rolle, insbesondere bei der Verteilung der Gelder? Wer hält sich eher am Rand und übernimmt nur gelegentlich eine Nebenrolle?

### 2.1 US-AID

In der Selbstdarstellung der US-Auslandshilfe wird die Unterstützung von Familienplanungsprogrammen auch heute noch als „das Revolutionärste, was die Vereinigten Staaten je gemacht haben“ (Heim/Schaz 1994) bezeichnet. Diese Bezeichnung scheint insofern gerechtfertigt, als unter republikanischen Präsidenten (wie etwa derzeit George W. Bush), die Unterstützung familienplanerischer Aktivitäten immer wieder in Frage gestellt und bevölkerungspolitische Budgetmittel gekürzt werden, insbesondere dann, wenn es auch nur im entferntesten danach aussieht, dass mit den Mitteln Abtreibungen finanziert werden. Wichtigstes Argument für das Engagement im Bereich der Verhütung ist in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die Sicherung des Weltfriedens: mittels Geburtenkontrolle soll die Armut in den Ländern der Dritten Welt hintangehalten, die bestehende Machtbalance zwischen industrialisierten und sich entwickelnden Ländern aufrechterhalten und die westliche Zivilisation vor Krieg bewahrt werden. Heute wird stärker an die ethische Verantwortung der Industrieländer appelliert, mittels Familienplanungsprogrammen den Menschen in der Dritten Welt bei der Bekämpfung von Armut „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu gewähren.

### 2.2 Internationale Entwicklungszusammenarbeit

In der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit spielen Ausgaben für explizit bevölkerungspolitisch ausgerichtete Programme vom Finanzvolumen her eine relativ geringe Rolle. Ihr Anteil an der Entwicklungshilfe der sogenannten Geberländer liegt derzeit insgesamt bei rund 3 Prozent (UN 2000). Nur sieben Länder geben 1997/98 mehr als 4 Prozent der offiziellen Entwicklungsgelder explizit für Aktivitäten im Bevölkerungsbereich aus: die USA (rund 8 Prozent), Finnland, Norwegen, Schweden, Luxemburg, Australien und die Niederlande. Fast die Hälfte der nationalen Geldmittel für bevölkerungspolitische Programme wird von US-AID bereitgestellt (1997 \$US 662 Millionen). Andere größere Geberländer für bevölkerungspolitische Programme sind die Niederlande, Deutschland und Großbritannien, Japan und die EU, die nordeuropäischen Länder Norwegen, Schweden, Dänemark sowie Australien und Kanada.

Österreich zählt zu den Geberländern mit den geringsten Anteilen an Entwicklungshilfegeldern, die explizit für Bevölkerungsprogramme verwendet werden (1996: 0,13 Prozent; UNFPA 1998). Die von Österreich bereitgestellten Gelder laufen überwiegend über internationale Organisationen. Demgegenüber ist das „Bremsen des weltweiten Bevölkerungsanstieges“ expliziter Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (BMZ 2000). Derzeit gibt Deutschland etwa 1,5 Prozent seiner Entwicklungshilfegelder für bevölkerungspolitische Programme aus, mittlerweile wird mehr als die Hälfte der Gelder über die bilaterale Entwicklungshilfe vergeben (UNFPA 1998).

### 2.3 Finanzströme im Bereich bevölkerungspolitischer Aktivitäten

Der gesamte Geldfluss aus den Ländern des Nordens zur Unterstützung bevölkerungspolitischer Aktivitäten in Ländern des Südens beträgt derzeit etwa \$US 2 Milliarden und ist damit nominell rund doppelt so hoch wie in den Jahren vor der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994. Etwa drei Viertel der Gelder kommen aus den nationalen Entwicklungshilfebudgets der Geberländer, knapp 3 Prozent des Geldes kommen aus den Budgets multilateraler Organisationen, etwa 5 Prozent der Gelder stammen aus privaten Quellen (UNFPA 1998). Etwa ein Fünftel des Geldes sind Kredite von Entwicklungsbanken (im wesentlichen der Weltbank), die für bevölkerungspolitische Programme zur Verfügung gestellt werden. Etwa ein Viertel der Gelder wird über multilaterale Organisationen (wie UNICEF oder WHO) vergeben. Allein über den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (die UNFPA) werden 1997 \$US 284 Millionen verteilt.

In der Finanzierung von Bevölkerungsprogrammen spielen private Gelder aus den Stiftungsfonds US-amerikanischer Großindustrieller immer eine wichtige Rolle. Auch im letzten Jahrzehnt werden im Schnitt rund \$US 100 Millionen jährlich aus privaten Stiftungsgeldern für bevölkerungspolitische Aktivitäten bereitgestellt. Die größten privaten Geberorganisationen sind die Ford Foundation, Marie Stopes International, die Rockefeller Foundation, der Population Council, sowie die MacArthur, die Hewlett und die Mellon Foundation. Der Großteil der Gelder aus den privaten Stiftungen wird über international tätige private Organisationen verteilt, die sich auf Aktivitäten im bevölkerungspolitischen Bereich spezialisiert haben: Family Health International, Population Services International, Management Sciences for Health, Pathfinder International, International Planned Parenthood Federation, John Snow Inc., Ford Foundation (geordnet nach der Höhe der 1996 für Aktivitäten im Bereich von Familienplanung, reproduktiver Gesundheit und Vorsorge gegen sexuell übertragbare Krankheiten ausgegebenen Gelder; UNFPA 1998).



## 2.4 Lobbying für Bevölkerungspolitik

Private Stifterorganisationen und die auf bevölkerungspolitische Aktivitäten spezialisierten, international tätigen Nichtregierungsorganisationen stecken nicht nur selbst sehr viel Geld in die Entwicklung und Verbreitung von Vermittlungsmethoden, sie betreiben auch massives Lobbying für die Umlenkung bilateraler und multilateraler Entwicklungshilfegelder. Auch in Österreich sind derzeit zwei Institutionen aktiv darum bemüht, Fragen des globalen Bevölkerungswachstums verstärkt zu thematisieren. Die *Osterreichische Stiftung für Weltbevölkerung* und *Internationale Zusammenarbeit* wurde 1998 durch den deutschen Unternehmer DI Erhard Schreiber gegründet. Nach eigener Definition hat sich die Stiftung das Ziel gesetzt, „Fragen der globalen Bevölkerungsentwicklung, der reproduktiven Gesundheit, des weltweiten Ressourcenverbrauchs und der nachhaltigen Entwicklung in der österreichischen Öffentlichkeit stärker zu thematisieren.“ (SWI 2001a). Darüber hinaus soll auch der öffentliche Sektor zu „einem stärkeren Engagement bei der Lösung einer der größten Herausforderungen der Zukunft“ bewegt werden. Auch die *Osterreichische Gesellschaft für Familienplanung* ist darum bemüht, „in Österreich das Bewußtsein für den Bereich der reproduktiven Rechte und Gesundheit und für Familienplanung in den Ländern des Südens zu heben“ (ÖGF 1999).

Primär der gezielten Informationspolitik der privaten Stiftungen und bevölkerungspolitischen Organisationen ist es zu verdanken, dass die „Überbevölkerung der Erde“ für viele Leute heute eine unumstrittene Tatsache darstellt, die Bewältigung des rapiden Bevölkerungswachstums als „Schlüsselfrage für die Zukunft der Menschheit“ gilt, die mit allen „anderen wichtigen Themen – Umweltschutz, Verfügbarkeit von Ressourcen, Verbesserung der Lebensqualität“ aufs engste verknüpft ist und „der uneingeschränkte Zugang zu Familienplanung ... den Schlüssel zu einer menschenwürdigen Verlangsamung des Bevölkerungswachstums darstellt“ (DSW 2001).

## 2.5 Selbstfinanzierung von Bevölkerungsprogrammen

Bevölkerungsprogramme werden heute überwiegend von den Ländern im Süden selbst finanziert. Während die Industrieländer nur etwa ein Drittel der auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 gemachten Zusagen zur Finanzierung des Aktionsprogramms erfüllen, liegen die Ausgaben der „ärmeren Länder“ für Familienplanung, für Basiseinrichtungen im Bereich reproduktiver Gesundheit und für STDs/HIV/AIDS-Projekte (STD steht für „sexually transmitted diseases“) mit geschätzten \$US 8,6 Milliarden (UNFPA 1998) mehr als viermal so hoch wie die Beiträge der Industrieländer und erreichen in etwa drei Viertel der in Kairo „an Eigenbeitrag der Entwicklungsländer“ vereinbarten Summe. Allein die Bevölkerungsprogramme in China, Indien, Indonesien, Mexiko und im Iran summieren sich 1996 auf \$US 5,5 Milliarden. Die bevölkerungs-

politischen Aktivitäten in den Ländern Asiens und des Pazifiks sind mittlerweile zu 90 Prozent, jene in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik zu drei Viertel „selbstfinanziert“. Über externe Entwicklungshilfe werden derzeit primär die Programme in Ländern Afrikas südlich der Sahara finanziert (UNFPA 1998; UN 2000).

Insgesamt werden mittlerweile je ein Drittel der Gelder für Bevölkerungsprogramme für Aktivitäten im Bereich der Familienplanung und für Einrichtungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit ausgegeben, je etwa ein Sechstel der Gelder werden für Aktivitäten zur STDs/HIV/AIDS-Vorsorge und für Forschung verwendet (UNFPA 1998). Die flächendeckende Versorgung mit modernen Kontrazeptiva ist gerade in den Ländern, die selbst sehr massiv bevölkerungspolitische Programme finanzieren, weiterhin *das* zentrale Anliegen. Etwa die Hälfte der Mittel, die die Länder Asiens 1998 für bevölkerungspolitische Maßnahmen bereitstellen, fließen explizit in Maßnahmen zu Familienplanung (UN 2000).

## 3. Historische Einbettung des Modells Familienplanung zur Lösung des Problems von Überbevölkerung und Armut

„Überbevölkerung“ gilt heute als eines der großen globalen Probleme und als zentraler Erklärungsansatz für Armut schlechthin. Mit der Regulierung des Bevölkerungswachstums über Familienplanung scheint für viele ein umsetzbarer Lösungsansatz gefunden. Nur – Lösungen für den Prozess der Hintanhaltung der Armut in Form von versuchten Einflussnahmen auf das Bevölkerungswachstum werden schon seit rund zwei Jahrhunderten hindurch proklamiert und politisch umgesetzt, „verbessert“ haben sie bislang jedoch nur wenig. Der utopische Glaube an die Regulierbarkeit des „Problems“ hält dennoch an und vor „Überbevölkerung“ wird heute wie damals aus je unterschiedlichen historischen, wirtschaftlichen sowie „macht“umgebenden Vorzeichen argumentiert. Im Folgenden wird in Form eines kurzen historischen Abrisses nachgezeichnet, in welcher Weise mit Bevölkerungsdruck und Bevölkerungswachstum bislang umgegangen wurde.

### 3.1 Auswanderung und/oder Ausweitung des Nahrungsspielraumes: die räumliche Strategie im Umgang mit Überbevölkerung und Armut

Armut wird in der vorindustriellen Zeit mit Knappheit an Nahrungsmitteln gleichgesetzt. Zu wenig davon zu haben bedeutet den Tod, es sei denn, man zieht es vor, weiter zu wandern in Gebiete, in denen es mehr Nahrungsmittel gibt. Migration ist also in der Geschichte eine zentrale Strategie, Überbevölkerung abzubauen und der Armut in einem begrenzten Lebensraum entgegenzuwirken. Um der Verarmung durch Lebensmittelknappheit zu entgehen wird darüber

hinaus der notwendige Nahrungsspielraum ausgeweitet – durch Krieg, Landeroberung, Landgewinnung und – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von besonderer Bedeutung – durch die Intensivierung und Modernisierung der Landwirtschaft über Grüne Revolution und Gentechnologie.

### 3.2 Verhungern und Enthaltensamkeit als „gottgewollte“ bevölkerungspolitische Strategien

1798 schreibt der englische Theologe Thomas Malthus vor dem historischen Hintergrund der industriellen Revolution, die auch in England zur Entstehung eines Industrieproletariats führt, und der französischen Revolution seinen berühmten *Essay on the Principle of Population*. In diesem Essay macht er die wachsende Schere zwischen einer exponentiell wachsenden Bevölkerung und linear wachsenden Nahrungsmittelressourcen für die Armut der IndustriearbeiterInnen verantwortlich. Dem Staat empfiehlt Malthus die Einstellung der Armenhilfe, da diese nur die Zahl der Kinder bei den Armen fördere. Durch Hungerkatastrophen würde sich Überbevölkerung auf natürlichem Weg regulieren. Den Armen selbst empfiehlt er sexuelle Enthaltensamkeit. Auch wenn Malthus' Thesen noch zu seinen Lebzeiten als widerlegt gelten, werden Abwandlungen davon immer wieder zur Legitimierung bevölkerungspolitischer Maßnahmen herangezogen, insbesondere wenn es um die Einführung von Maßnahmen geht, die einzelne Gruppen (die Armen) diskriminieren und diese Gruppen selbst für ihre Probleme (ihre Armut) verantwortlich gemacht werden sollen.

### 3.3 Genozid – die menschenverachtende Strategie im Umgang mit vermeintlicher Überbevölkerung und Armut

Im Zweiten Weltkrieg brechen die Deutschen die Begrenzungen in der bevölkerungspolitischen Diskussion in doppelter Richtung auf (Heim/Schaz 1996: 39), indem sie sowohl die Sterbe- als auch die Geburtenrate entsprechend den ideologischen und politischen Zielen zu beeinflussen suchen. Der Idee der „Menschenökonomie“ (Weikert 2001: i.d.H.) folgend werden in der Zeit des Nationalsozialismus Zwangssterilisationen, Erbgesundheitsberichte, Eheunzulässigkeitszeugnisse und „Blutschutzgesetze“ eingesetzt, um sowohl dem Geburtenrückgang des deutschen Volkes durch Förderung „wertvoller“ Bevölkerungszuwachses als auch der Überbevölkerung (durch den von „außen“ hereingetragenen Bevölkerungsdruck) durch selektive Fürsorge entgegenzuwirken. Das bevölkerungspolitische Prinzip intendierte eine optimale Leistungsentfaltung des Volkes, indem das „Bevölkerungspotential“ mit der Verminderung der Leistungsunfähigen und Leistungswilligen wachse. Bisherige Formeln und Tragfähigkeitsberechnungen zur Bekämpfung der Überbevölkerung werden durch Rückgriff auf geäußerte „Qualitäts“-Kategorien und rassistische Vorurteile erwei-

tert (Heim/Schaz 1996: 65). Auch vor dem Mittel des Massenmordes schreckt man nicht mehr zurück. Möglich wird die Beseitigung des Tabus der Ermordung der sogenannten „Überzähligen“ und „unproduktiven Mitesser“ durch die Verknüpfung von Bevölkerungspolitik mit rassistischer Diskriminierung und mit der Argumentation der potentiellen Verarmung.

### 3.4 Fertilitätsregulierung als Diristissima aus der Armut in den Wohlstand?

Ausgehend von den USA verlagert sich die Diskussion um die Überbevölkerung von der Flüchtlingsproblematik Westeuropas im Verlauf der 50er Jahre hin zur „Dritten Welt“, deutlich geprägt vom Kalten Krieg und der Konkurrenz um Rohstoffe. Überbevölkerung wird von den Demographen vorerst jedoch nicht primär wegen der Armut, sondern vor allem wegen der unterschiedlichen Reproduktionsrate zwischen „weißen und farbigen Völkern“ als problematisch bezeichnet (Heim/Schaz 1996: 108). Weltweit agierende Institutionen beginnen im Verlauf der 50er Jahre, Maßnahmen zur Bekämpfung von Überbevölkerung zu initiieren und deklarieren diese als Beiträge zum Erhalt des Weltfriedens. In seinem Buch „The Population Bomb“ (1968) spricht der Biologe Paul Ehrlich von zwei Wahrscheinlichkeiten, um die prognostizierte Bevölkerungsexplosion zu entschärfen: eine Lösung über die „Geburtenziffern“, sprich durch die mehr oder weniger zwanghafte Regulierung der Geburtenrate, oder eine Lösung über die „Sterbeziffern“, sprich durch Kriege, Hungersnöte und Seuchen (Nuscheler 1996: 216). Geburtenkontrolle, auch wenn sie zwanghaft durchgesetzt werden muss, scheint da den meisten Leuten doch die „ethisch vertretbarere“ Lösung. Die Beeinflussung der Fertilität durch Familienplanung in Form der Distribution von Verhütungsmitteln wird aus diesem Grund in der Nachkriegszeit zum zentralen Ansatzpunkt in der internationalen Bevölkerungspolitik.

Während zu Beginn des Jahrhunderts Migrations- und Siedlungspolitik die wichtigsten Ansatzpunkte sind, um der „Armut durch Überbevölkerung“ zu begegnen, verändert sich die Situation mit der Erfindung der Massenverhütungsmittel grundlegend. Laut den Aussagen der Bevölkerungslobby erweitert sich das Spektrum der Eingriffsmöglichkeiten mit der Erfindung von Pille, Spirale und Hormonimplantaten, aus historischer Perspektive betrachtet, hat es sich real jedoch deutlich verringert: Internationale Migration ist den Menschen in den Ländern des Nordens „nicht mehr zuzumuten“, Siedlungspolitik würde nur zu neuen, potentiellen Kriegsherden führen, über Genozid wird offiziell nicht gesprochen ... bleibt die Konzentration auf die Fertilität der Frauen.

#### 4. Die Inszenierung des Überbevölkerungsdogmas in der Nachkriegszeit

Bis zum Zweiten Weltkrieg ist auch unter Demographen unumstritten, dass die Zahl der Kinder, die Menschen haben, primär einmal von der Kultur und den ökonomischen Umständen abhängt. „Sieht man von Nazi-Deutschland ab, so wären die Bevölkerungspolitik nicht auf die Idee gekommen, daß man die Geburtenraten verändert, bevor sich nicht die kulturellen und ökonomischen Bedingungen ändern.“ (Heim/Schaz 1996: 150) Werden demgegenüber die Broschüren des Bevölkerungsestablishments betrachtet, so scheint es, als ob moderne, einfach zu handhabende Kontrazeptiva bzw. „ausreichende Angebote und Wahlmöglichkeiten im Bereich der Empfängnisverhütung“ (SWI 2001b) jenes zentrale Element darstellen, von dem die Kinderzahlen der in den Ländern des Südens lebenden Menschen abhängen. Unumstritten und selbstverständlich ist diese Annahme jedoch nicht. Die Menschen in den Industrieländern vertrauen insgesamt immer wieder mehr ihren ureigenen Erfahrungen und jenen wissenschaftlichen Untersuchungen die zeigen, dass kulturelle und ökonomische Rahmenbedingungen noch immer einen deutlich stärkeren Effekt auf Kinderzahlen haben als der Zugang zu modernen Kontrazeptiva (Nuscheler 1996: 217). Aus diesem Grund kommt es auch immer wieder zum „schleichenden Rückzug der Industriestaaten aus der Familienplanung“ (DSW 1998). Um die Menschen in den sogenannten Geberländern zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse ist und in ihrer Verantwortung liegt, die Versorgung der Menschen im Trikont mit modernen Verhütungsmitteln sicherzustellen, muss das „Überbevölkerungsdogma“ im Verlauf der Nachkriegszeit immer wieder neu inszeniert werden. Das Bevölkerungsestablishment setzt dabei sehr professionelle Marketingstrategien ein, um den „ungedeckten Bedarf an Familienplanung“ (Münz/Plichta 2000: 13) zum globalen Thema zu machen.

##### 4.1 Globalisierung des Problems

Thematisiert wird im Verlauf der Nachkriegszeit nicht mehr die Überbevölkerung einzelner Regionen oder Länder, sondern jene des ganzen Erdballs. Indem die Bewältigung des rapiden Weltbevölkerungswachstums zur Schlüsselfrage der Menschheit erklärt wird, kann auch in jenen Industrieländern, in denen verantwortliche Politiker immer wieder über zu geringe Kinderzahlen klagen, Betroffenheit und indirekte Mitverantwortung erzeugt werden. Sprich: Um der Überbevölkerung der Erde und aller damit verbundenen Probleme, die auch die Menschen in den Industrieländern treffen könnten, Herr zu werden, müssen diese bereit sein, den Millionen von Frauen zu helfen, die ihre „Fruchtbarkeit kontrollieren wollen“ (SWI 2001b).

#### 4.2 Abschiebung der Hauptverantwortung

Indem das Weltbevölkerungswachstum zum zentralen Schlüssel für die Lösung so ziemlich aller globalen Probleme erklärt wird, können sich die Menschen in den Industrieländern entspannt zurücklehnen und müssen ihr Handeln, sprich ihren Lebensstil, nicht umstellen. Verantwortlich für die globalen Probleme sind ja die Armen, die Menschen in den Entwicklungsländern, die Frauen, die zu viele Kinder kriegen, sprich soziale Gruppen, die sich mit selbstbestimmtem und verantwortungsbewusstem Handeln angeblich schwer tun. Wie die Liste der Gründungsväter des Bevölkerungsestablishments (vgl. Aufhauser: i.d.H.) recht gut zeigt, fühlen sich die reichen Männer in den Industrieländern immer wieder berufen, die armen Frauen in den Entwicklungsländern „Auf dem langen Weg zur Zwei-Kinder-Familie“ (Münz/Plichta 2000: 10) zu begleiten.

#### 4.3 Dramatisierung des Problems

Wird von Weltbevölkerung gesprochen, so ist immer gleich von Milliarden von Menschen die Rede, sprich es wird mit Zahlen hantiert, über die es leicht ist, das Bild einer Menschenmasse zu transportieren, die exponentiell wachsend „wie eine Lawine“ auf uns zurollt. Um die Gefahr zu verdeutlichen, ticken auf allen Homepages der großen Bevölkerungsorganisationen – als modernisierte Variante des in den 50er und 60er Jahren propagierten Bildes von der „Bevölkerungsbombe“ – Weltbevölkerungsuhren, die angeben, wieviele Menschen „in dieser Minute“ gerade auf dem Planeten Erde leben. Der 12. Oktober 1999 wird vom internationalen Bevölkerungsestablishment zum Tag der „6 Milliarden“ erklärt, weniger jedoch um miteinander zu feiern, als einen medialen Anknüpfungspunkt zu haben, über den verdeutlicht werden kann, dass die „Zeit für Entscheidungen“ (UNFPA 1999) gekommen ist. Sinn der Dramatik, die über die Zahlen und sprachlichen Bilder immer wieder vermittelt wird, ist es, die Menschen im Norden davon zu überzeugen, dass sie weiter auf Geburtenkontrolle in den Ländern des Südens pochen müssen, da die Welt nicht darauf warten kann, bis der sozio-ökonomische Wandel zu einem Rückgang der Kinderzahlen führt. Denn: schon „Die sechste Milliarde“ (Leisinger 2000) gefährdet die nachhaltige globale Entwicklung.

#### 4.4 Glaube an die Machbarkeit

Die Bevölkerungslobby, die in den 60er Jahren Themen wie Verhütung und Familienplanung in den außenpolitischen Diskurs der USA einbringt, besteht aus Industriellen, Wissenschaftlern und Generälen, die von der rational planbaren Gestaltbarkeit der Welt überzeugt sind. Sie sehen „nahezu alle Probleme, einschließlich der Geburtenregulierung unter der ländlichen Armutsbevölkerung



der Dritten Welt, lediglich als technische oder administrative Aufgabe" (Donaldson 1990). Die technische Lösung des Problems Familienplanung besteht nach Ansicht der Bevölkerungslobby und der hinter ihr stehenden Arzneimittelindustrie auch heute noch in der fortwährenden Weiterentwicklung moderner, für Frauen in den Entwicklungsländern einfach handhabbarer, möglichst langfristig wirkender und der kurzfristigen Selbstkontrolle der Frauen entzogener Kontrazeptiva. Die administrativen Lösungen zur Durchsetzung effizienter Familienplanung bei den „Armen der Dritten Welt“ sind weniger eindeutig und auch immer stärker umstritten. Die Experimente reichen vom einfachen Verteilen von Kontrazeptiva bis zur Zwangssterilisation, von der lokalen Hebamme, die von Haus zu Haus geht und für jede Frau, die sie zum Einsetzen der Spirale überreden kann, belohnt wird, bis zur Bindung von Kreditvergaben der Weltbank an nationale Bevölkerungskampagnen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die starke Orientierung am Effizienzdenken es dem Bevölkerungsestablishment immer wieder erleichtert, die Argumentation pro Familienplanung und den Grundtypus ihrer Projekte an den gesamtgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Normenwandel anzupassen. So zählen etwa die privaten Organisationen, die sich im Bereich der Bevölkerungspolitik engagieren, zu den ersten in der Entwicklungszusammenarbeit, die erkennen, dass die Effizienz ihrer Maßnahmen sehr stark von der Zusammenarbeit mit den Frauen abhängt – und diese Erkenntnis auch in ihren Projekten umsetzen. Im Zuge des Nachfolgeprozesses zur Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 kommt es zu einem besonders auffälligen „Facelifting“ (Wichterich 1995: 111). Fast alle großen Organisationen haben den Begriff „Familienplanung“ mittlerweile aus ihren Selbstdarstellungen gestrichen und durch Begriffe aus dem Bereich der „reproduktiven Gesundheit“ ersetzt.

#### 4.5 Wissenschaftliche Untermauerung der Ideologie

Um eine anerkannte Basis für bevölkerungswissenschaftliche Untersuchungen zu schaffen, wird von den großen privaten Lobbyisten für Bevölkerungspolitik seit Anfang der 50er Jahre der Population Council finanziert. Zu den Gründungsmitgliedern zählen die Rockefeller Foundation, die Ford Foundation, die Carnegie Stiftung, der Commonwealth and Community Fund, der Mott Trust, die Mellons-Gruppe und Lewis Strauss. Er widmet sich primär der wissenschaftlichen Erforschung der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Südens und der Entwicklung von neuen hormonellen Kontrazeptiva und ist bis heute einer der größten privaten Träger von Bevölkerungsprogrammen. Das wissenschaftliche Ansehen des Population Council hat viel dazu beigetragen, die „Bevölkerungskontrollprogramme“ (Kozuch 1999: 139) in einflussreichen Schichten der USA zu legitimieren.

#### 4.6 Weben eines engen internationalen Lobbying-Netzes

Internationale Vernetzung ist von Beginn an von zentraler Bedeutung dafür, dass Familienplanung zu einem „globalen Anliegen“ wird. So ging etwa die 1952 gegründete International Planned Parenthood Federation (IPPF) aus einem Zusammenschluss der Planned Parenthood Federation of America mit achtzig anderen Organisationen weltweit hervor.

Die finanzielle und personelle Vernetzung der Institutionen der Bevölkerungslobby ist auch über die verschiedenen Trägerorganisationen hinweg enorm hoch und lässt sich heute am besten anhand der wechselseitigen Verweise zu den „Kooperationspartnern“ auf den Homepages der Organisationen studieren. Heim und Schaz (1996: 153) sprechen von einem „personalpolitischen Drehtürsystem“, in dem die Macher und Experten ständig zwischen Stiftungen, wissenschaftlichen Einrichtungen und staatlichen oder UN-Institutionen wechseln. Nur diese enge personalpolitische Vernetzung und das dadurch mögliche intensive Lobbying erklärt zum Beispiel, wieso es 1969 zur Gründung eines eigenen Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen kommt, obwohl in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ein heftiger Streit in der internationalen Organisation tobte, ob hohes Bevölkerungswachstum die Entwicklung überhaupt behindere oder nicht doch eher fördere, und die meisten Gremien auch Ende der 60er Jahre mehrheitlich (noch) eine Einmischung in Bevölkerungsangelegenheiten ablehnten (Heim/Schaz 1996: 162ff).

Gut lässt sich die Effizienz der Vernetzung auch am Beispiel des Lobbying für eine feministische Bevölkerungspolitik im Umfeld der Bevölkerungskonferenz von Kairo nachzeichnen.

#### 4.7 Einbindung von einheimischen Expertinnen und NRO's

Frank Notestein, Leiter des ersten großen demographischen Forschungsinstituts an der Princeton University, Vorstandsmitglied im Population Council und erster Chef der 1946 neugegründeten Bevölkerungsabteilung des UN-Sekretariats, erkennt schon früh, dass westliche Experten nur geringe Chancen haben, die öffentliche Meinung in den Ländern der Dritten Welt zu beeinflussen (Heim/Schaz 1996: 152f). Von der Bevölkerungslobby wird daher die einschlägige Ausbildung des akademischen Nachwuchses aus den Entwicklungsländern in Demographie, Statistik und Familiensoziologie an den renommierten Universitäten der USA sowie der Aufbau von Zentren für Demographie in den Ländern des Südens massiv finanziell unterstützt. Bereits ab den frühen 70er Jahren werden Nichtregierungsorganisationen „vor Ort“ in die Projektarbeit integriert, um den Programmen ein stärkeres Image von Basisnähe, Fortschritt und Persönlichkeitsentfaltung zu verleihen. Die doch recht großen „Geldströme, die sich an einem Strom entlang bewegen, der ‚Bevölkerung heißt‘“ (Dunlop, zit. nach Heim/Schaz 1994: 148) haben so auch dazu geführt, dass nicht wenige



der Feministinnen und/oder ihre Organisationen in Nord und Süd, die der etablierten Bevölkerungspolitik grundsätzlich immer sehr skeptisch gegenüberstanden, bereits Anfang der 90er Jahre von den Geldern des bevölkerungspolitischen Establishments abhängig sind (Kozuch 1999: 39).

#### 4.8 Weltbevölkerungskonferenzen

Die Weltbevölkerungskonferenzen sind für die Bevölkerungslobby extrem wichtig um den Diskurs zu Überbevölkerung und Familienplanung auf internationaler Ebene in Gang zu halten. Schon die Abhaltung einer ersten Konferenz unter Regie der UNO in Rom 1954 ist als Erfolg der Lobby zu werten, da zu einem Zeitpunkt eine heftige Kontroverse zwischen den US-amerikanischen Demographen und ihren Widersachern aus den sozialistischen (und katholischen) Ländern um die Frage tobte, ob das Bevölkerungswachstum *überhaupt* ein Problem darstelle. Bis zur Weltbevölkerungskonferenz in Belgrad 1965 ist dann zumindest die US-Regierung von der Notwendigkeit überzeugt, dass Familienplanung in den Ländern der Dritten Welt zu unterstützen ist, und das Ereignis wird primär dazu genutzt, auch den „Ostblock“ in die Verantwortung zu nehmen. Auf der Bevölkerungskonferenz in Bukarest 1974, der ersten die explizit von den Vereinten Nationen und nicht von Bevölkerungsorganisationen ausgerichtet wird, äußern die Länder des Südens noch einmal laut ihre Skepsis und Ablehnung gegenüber einer von der internationalen Staatengemeinschaft geförderten Bevölkerungspolitik. Mit der Gründung des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) im Jahr 1969 ist die internationale Flagge für Familienplanungsprogramme real bereits gesichert.

Auf der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko 1984 wird auch von den Ländern des Südens nicht mehr angezweifelt, dass eine Reduzierung des demographischen Wachstums unumgänglich ist, um Armut hintanzuhalten und politische Stabilität zu sichern. Ab diesem Zeitpunkt werden Familienplanungsprogramme von den Schlüsseländern im Süden auch größtenteils selbst national finanziert. Auf der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 kommt es unter Bezeichnung auf die Konzepte „Sicherung der reproduktiven Rechte“, „Bereitstellung von Angeboten zur Sicherung der reproduktiven Gesundheit“, und „Einbettung der Projekte in einen breit angelegten Ansatz, der dem Empowerment der Frauen verpflichtet ist“, zum Konsens mit einem Teil jener Feministinnen, die die Praxis der Bevölkerungspolitik lange Zeit massiv kritisierten.

#### 4.9 „Menschenrechtliche“ Rahmung der bevölkerungspolitischen Aktivitäten

Bereits Ende der 60er Jahre initiiert John D. Rockefeller III, dass die „freie und verantwortliche Entscheidung der Paare über Zahl und Abstand ihrer Kinder“

auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Teheran zu einem Menschenrecht erklärt wird (Heim/Schaz 1996: 169). Das „Menschenrecht auf Familienplanung“ spielt seither immer eine wichtige Rolle bei der Legitimierung bevölkerungspolitischer Programme. Im Abschlussdokument von Kairo 1994 setzt sich die Menschenrechtsrhetorik gemischt mit einer feministischen Rhetorik dann voll durch. An die Stelle des Menschenrechtes auf Familienplanung treten das „Menschenrecht auf reproduktive Gesundheit“ und das „Menschenrecht auf Wahlmöglichkeit“.

#### 5. „Hohes Bevölkerungswachstum und Armut sind eng miteinander verknüpft und bilden einen Teufelskreis“ Argumentationen des Bevölkerungsestablishments pro Familienplanung

Während viele Bevölkerungswissenschaftler auch heute noch mit Adam Smith der Meinung sind, dass die Zahl der – jungen, gut gebildeten – Menschen in einem Land jenen „Wohlstand der Nationen“ ausmacht, auf dem eine dynamische Entwicklungspolitik aufbauen kann und soll, etwa weil die Nachfrage stimuliert wird, die Vorteile der Massenproduktion besser genutzt werden können, technischer Fortschritt angeregt wird, die Anreize für die Schaffung von Infrastruktur erhöht werden und sich die Bildungsstruktur der Arbeitskräfte insgesamt durch die Verjüngung verbessert (vgl. zusammenfassend inklusive Gegenargumenten Leisinger 2000: 88ff), ist ein hohes Bevölkerungswachstum in den Augen der meisten Demographinnen etwas, das den Ländern des Südens unweigerlich Armut und Verarmung beschert.

Im Verlauf der letzten 50 Jahre ändert sich die Grundargumentation im Diskurs des Bevölkerungsestablishments nicht: Maßnahmen im Bereich der Familienplanung werden mit dem Verweis darauf gerechtfertigt, dass weniger Kinder in den Entwicklungsländern und/oder bei Armen in der eigenen Bevölkerung der (einzig/e) richtige Weg aus der Verarmung sind. Gewandelt haben sich im Verlauf der Zeit jedoch jene Argumente, über die „den Armen“ die Familienplanung als Weg aus der Verarmung plausibel gemacht wird.

#### 5.1 Viele Kinder bringen Armut, weil die Nahrungsmittel knapp werden

Bereits Ende des 18. Jahrhunderts warnte Thomas Malthus davor, dass die steigende Zahl von Menschen bald nicht mehr ernährt werden könne. Bislang ist Malthus' Prognose nicht eingetreten. Die weitverbreitete Nahrungsmittelproduktion ist in den letzten Jahrzehnten aufgrund von Mechanisierung, Modernisierung und Intensivierung der Landwirtschaft und Flächenausweitungen für die Nahrungsproduktion immer in stärkerem Maße gestiegen, als die Bevölkerung

wuchs. Die verheerendsten Hungersnöte der letzten Jahre und Jahrzehnte und die steigende Unterernährung in verschiedenen Ländern des Südens sind auf alle Fälle nicht auf eine, im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung, weltweit zu geringe Nahrungsmittelherzeugung zurückzuführen, sondern primär einmal auf wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, Kriege, ökologische Krisen und die von Weltbank und Internationalem Währungsfonds geforderte Strukturanpassungspolitik in vielen Ländern. Aus diesem Grund ist es heute insgesamt typischer, den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Verarmung aufgrund von Nahrungsmittelknappheit über den Umweg des „ökologischen Niedergangs“ (Leisinger 2000: 178) herzustellen. „Das Bevölkerungsproblem ist zwar nicht in erster Linie ein Ernährungsproblem, dennoch wächst die Zahl der Staaten, die sich nicht mehr aus eigener Kraft ernähren können, weil der Bevölkerungsdruck zu einer Verknappung und Überstrapazierung der Böden führt. Die Steigerung der Produktivität auf den bereits genutzten Flächen verlangt einen höheren Kapitaleinsatz, der gerade die ärmsten Länder mit den größten Nahrungsdefiziten überfordert.“ (Nuscheler 1996: 211)

### 5.2 Viele Kinder bringen Armut, weil der gesellschaftliche Modernisierungsprozess mit einer schnell wachsenden Bevölkerung nicht Schritt halten kann

In den ersten Nachkriegsjahren wird von den EntwicklungspolitikerInnen argumentiert, dass ein Rückgang des Bevölkerungswachstums Kapital für produktive Investitionen freisetze, das andernfalls konsumiert werden würde. Die Unterstützung familienplanerischer Maßnahmen in den Ländern des Südens stellt dann insofern eine effiziente Form der Entwicklungshilfe dar, als mehr nationale Geldmittel für die „nachholende“ (industrielle) Modernisierung zur Verfügung stehen, wenn die Geburtenzahlen sinken. Heute dominiert das Argument, dass die einzelnen Staaten überfordert sind, die im und für den Modernisierungsprozess notwendige soziale und verkehrstechnische Infrastruktur in ausreichender Schnelligkeit bereitzustellen, wenn die Bevölkerung zu schnell wächst. Es findet sich auch an prominenter Stelle im Abschlussdokument der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 (Kapitel 3.15). Wichtig ist, dass sich mit dieser Argumentationslinie auch bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen als „im Sinne des Gemeinwohls notwendige Maßnahmen“ rechtfertigen lassen.

### 5.3 Wenige Kinder bringen Wohlstand, weil sich die individuellen Chancen auf Partizipation am Modernisierungsprozess und die daraus resultierenden Wohlstandsgewinne vergrößern

Da sich bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen immer schwerer verkaufen lassen, muss den Paaren in den Entwicklungsländern, die zur Verwendung

moderne Kontrazeptiva angehalten werden sollen, der persönliche Nutzen, den sie aus Familienplanung ziehen, nahegebracht werden. Vor allem die nationalen Bevölkerungsprogramme in den Schwellenländern sind darauf ausgerichtet, den jungen Paaren deutlich zu machen, dass die Beschränkung der Kinderzahl der beste Weg ist, an jenem gesellschaftlichen Wohlstand zu partizipieren, der durch den Modernisierungsprozess in Gang gesetzt wird. Argumentiert wird, dass sie als Eltern ein oder zwei Kinder finanziell und ideell besser fördern können. Dadurch erhöhen sie deren berufliche Startschancen – und indirekt ihre eigenen Chancen auf Absicherung im Alter.

Die Werbekapagnen, die auf diese Weise für eine bewusste Beschränkung der Kinderzahl werben, haben einen gravierenden Nebeneffekt: Da Buben in den meisten Ländern eine deutlich bessere Aussicht auf Wahrnehmung der Chancen haben, die die Modernisierung bietet, kommt es zu massiven Abtreibungen weiblicher Föten sowie zur Vernachlässigung neugeborener Mädchen. Heute „fehlen“ in den Ländern des Südens fast hundert Millionen Frauen (Leisinger 2000: 63). Der Bubenüberhang ist vor allem in Ländern wie China und Indien mittlerweile unübersehbar.

### 5.4 Viele Kinder bringen Armut, weil sie die Unterdrückung der Frauen fördern

Anfang der 70er Jahre wird klar, dass das Marketing der Familienplanung zumindest die Männer in den Entwicklungsländern nicht wirklich zu Veränderungen in ihrem sexuellen Verhalten und Kinderwunsch veranlasst. Die Mütter sind für Argumentationen, die das Wohl der Kinder betreffen, deutlich empfänglicher. Um die Effizienz der Programme zu erhöhen, wird das Marketing der modernen Kontrazeptiva zunehmend auf Frauen ausgerichtet. Aufgriffen wird dazu auch eine alte Argumentationslinie der Feministinnen: Weniger Kinder wirken sich nicht nur positiv auf die Gesundheit der Frauen aus, sie erhöhen auch ihre Erwerbsfähigkeit, ihre Chancen auf soziale und räumliche Mobilität und ihre politischen und sozialen Partizipationsmöglichkeiten, sprich geringere Kinderzahlen sind im Regelfall Voraussetzung für die Emanzipation der Frauen.

Von vielen Feministinnen wird diese Argumentationslinie heftig kritisiert – obwohl, oder gerade weil sie auf alte Forderungen und Argumente der westlichen Frauenbewegung Bezug nimmt. Zu kritisieren ist vor allem, dass basierend auf dieser Argumentation immer mehr Lebensbereiche von Frauen bevölkerungspolitischen Zielen unterworfen werden. Darüber hinaus stimmt die Grundargumentation nicht einmal. Zu beobachten ist, dass gerade unter den „modernisierten“ patriarchalen Verhältnissen in den Entwicklungsländern die Zahl der Kinder zunehmend wieder den Wert einer Frau bestimmt (Mertens i.d.H.). Für das „Empowerment“ der Frauen sind nicht primär Investitionen in Gesundheitseinrichtungen, die Kontrazeptiva anbieten, notwendig, erforderlich ist vielmehr die Unterstützung und Durchsetzung von Maßnahmen, die die

soziale Stellung der Frauen insgesamt absichern und unabhängiger von der Zahl der Kinder machen, die sie geboren hat: spricht die Sicherung der Subsistenz, die Ermöglichung einkommensschaffender Aktivitäten, die Sicherung des Zuges zum Wasser, die Sicherung einer allgemeinen und nicht nur einer einseitig auf die Reproduktion ausgerichteten Gesundheitsvorsorge. „Es ist zynisch, auf den Wunsch von Frauen nach Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung mit Bevölkerungspolitik zu reagieren.“ (Kritik der Schweizer Frauengruppe Antigena auf die Erklärung Women's Voices, vgl. Kozuch 1999, 92ff.)

### 5.5 Viele Kinder führen in die Verarmung, weil es zur Übernutzung der (natürlichen) Ressourcen kommt

In den letzten Jahren nimmt die ökologische Argumentation, dass es durch die rapid wachsende Weltbevölkerung zu einer immer spürbareren Übernutzung der natürlichen Ressourcen der Erde kommt, in den Darstellungen des Bevölkerungsesablishments, insbesondere jenen im deutschsprachigen Raum, zunehmend Platz ein.

Die Argumentation, die sich um den Zusammenhang von Bevölkerungsdynamik, ökologischer Dynamik und Verarmungsdynamik rankt, verläuft dabei grundsätzlich auf zwei Schienen: Wenn über oder für die Entwicklungsländer gesprochen wird, so wird argumentiert, dass Bevölkerungskontrolle notwendig ist, um Hungerkatastrophen zu vermeiden, die durch eine Übernutzung der Böden und sonstigen natürlichen Ressourcen ausgelöst werden. Wenn die Bevölkerung in den Ländern des Nordens angesprochen ist, die Geldmittel für die Finanzierung bevölkerungspolitischer Maßnahmen bereitstellen soll, dann wird damit argumentiert, dass die Weltsicherheit in Gefahr ist, weil die ökologischen Katastrophen zu kaum mehr kontrollierbaren Flüchtlingsströmen und Kriegen führen. Aus einer derartigen Perspektive tragen die Frauen die Verantwortung für Kriege und Genozid und die Kontrolle ihrer Fertilität wird zum Eckpfeiler für die globale Sicherheit (Hartmann 1999: 12).

Selten bis gar nicht thematisiert wird in den Darstellungen des Bevölkerungsesablishments der echte Beitrag der Industrieländer zur ökologischen Übernutzung der Erde. Unerwähnt bleibt in den Darstellungen des Bevölkerungsesablishments im allgemeinen auch jener Beitrag, den die Industrieländer über ihre Verantwortlichkeit für sinkende Terms of Trade, von der Weltbank verordnete Strukturpassungsprogramme, Exportrinderhaltung, Forcierung des Exportblumenanbaus u.ä.m. zur ökologischen Krise gerade in jenen Ländern Schwarzafrikas „leisten“, die heute den Schwerpunkt der internationalen bevölkerungspolitischen Aktivitäten darstellen.

### 5.6 Viele Kinder führen in die Armut, weil sie die Gesundheit der Frauen beeinträchtigen

In den letzten Jahren wird für die Unterstützung von Familienplanungsmaßnahmen zunehmend damit geworben, dass diese Leben rettet. Auch von den Frauenorganisationen im Süden wird diese Argumentationslinie gerne genutzt, um den Menschen in den Industrieländern den „persönlichen moralischen Nutzen“, den sie aus einem Engagement im bevölkerungspolitischen Bereich ziehen können, nahezubringen. Ingesamt wird argumentiert, dass der Zugang zu Verhütungsmitteln, Schwangerenversorgung, Geburtshilfe und Informationen zum Schutz vor HIV/AIDS ungewollte Schwangerschaften verhindert, Frauen vor dem Tod in Zusammenhang mit unsachgemäßen Abtreibungen und bei der Geburt rettet, und die Überlebenswahrscheinlichkeit der Kinder aufgrund von größeren Geburtenabständen erhöht.

Um die Verbindung zur Verarmung herzustellen: Da Frauen weltweit die Hauptnährerinnen ihrer Familien sind, hängt das Wohl der Menschen, insbesondere jenes der Kinder, tatsächlich massiv vom Erhalt der Gesundheit der Frauen ab – und viele Frauen in den Ländern der Dritten Welt sind ausgelagert. Aus feministischer Sicht ist vor allem zu kritisieren, dass sich die Hilfe der Industrieländer primär darauf konzentriert, die Frauen aus einem möglichen Tod durch Schwangerschaft und Geburt zu retten, anstatt Rahmenbedingungen für eine bessere Ernährung zu schaffen. Der Anstieg der Sterblichkeit von Frauen, der in Ländern wie Indien, den Philippinen oder Südkorea derzeit zu beobachten ist, ist weniger auf Kindesgeburten zurückzuführen, als auf die mit den Strukturpassungsprogrammen verbundenen Effekte wie das Zurückschrauben der Sozialausgaben, die gestiegene Arbeitsbelastung von Frauen, ihre zunehmende Verarmung und die darauf basierende Unterernährung, die hohen Kosten für Gesundheitsvorsorge, den Anstieg von Infektionskrankheiten, die Arbeitsbedingungen in der Exportzonen- und Sexindustrie, Selbstmedikation und die hohen Kosten für die Medikamente nach der internationalen Marktliberalisierung.

### 6. Für einen Armuts- und Entwicklungsdiskurs abseits von Bevölkerungspolitik

Darüber, dass die Armut in vielen Ländern der Erde noch lange nicht „bekämpft“ ist, herrscht im bevölkerungspolitischen Diskurs relativer Konsens. Stärker umstritten ist, ob, inwiefern und in welchem Ausmaß Armut und Verarmungsprozesse damit zu tun haben, dass die Frauen in den Ländern des Südens „zu viele Kinder“ gebären und ob, inwiefern und auf welche Weise eine Bevölkerungspolitik, die sich auf Maßnahmen im Bereich der Familienplanung konzentriert, geeignet ist, die Armut der Armen tatsächlich zu reduzieren und Verarmungsprozesse zu stoppen.



Eine kleine aber relativ finanzstarke Gruppe aus Großindustriellen und BevölkerungswissenschaftlerInnen, im Artikel auch als *Bevölkerungslobby* bezeichnet, schafft es im Verlauf der Nachkriegszeit immer wieder, die Armut in den Ländern des Südens direkt mit der Dynamik des Bevölkerungswachstums in Verbindung zu bringen und die Dringlichkeit von familienplanerischen Maßnahmen zur Reduzierung des „Weltbevölkerungsproblems“ auf internationaler Ebene zu thematisieren. Treibende Kräfte hinter dem finanziellen und ideellen Einsatz pro Familienplanung sind ein aufklärerischer Glaube an die geplante Machbarkeit der Welt, Freude an einer Betrachtung der Welt und ihrer Probleme aus statistischer Perspektive, handfeste unternehmerische Interessen der Arzneimittelindustrie und die Sicherung des machtpolitischen Gleichgewichts auf der Welt für die Länder des Nordens.

Rund um die Bevölkerungslobby und ihre finanzielle und autoritative Basis, die sich in Stiftungen wie z.B. der Rocketteller Foundation und in Organisationen wie z.B. dem Population Council sammelt, etabliert sich im Verlauf der Nachkriegszeit eine Reihe an nationalen und internationalen Organisationen, die primär im Bereich familienplanerischer Aktivitäten tätig sind. Zum sogenannten *Bevölkerungsetablishment* zählen unter anderen der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), eigene Abteilungen für Bevölkerungspolitik in internationalen Organisationen wie der UNICEF, der WHO oder der Weltbank, international tätige Nichtregierungsorganisationen wie z.B. Family Health International oder die International Planned Parenthood Federation. Die grundlegende „Mission“ der Einrichtungen hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht geändert. Um die Finanzierung und die Akzeptanz der Maßnahmen sicherzustellen, wird die „Verpackung“ der finanzierten Projekte jedoch sehr gezielt an die Punktuationen der Weltbevölkerungskonferenzen angepasst.

Die *offizielle Entwicklungszusammenarbeit* zwischen den Ländern des Nordens und des Südens konzentriert sich, gemessen an der medialen Bedeutung, die dem Phänomen „Überbevölkerung“ beigemessen wird, in erstaunlich geringem Ausmaß tatsächlich auf Bevölkerungspolitik. In der entwicklungspolitischen Szene werden die Katastrophenbilder, die von der Bevölkerungslobby gezeichnet werden, ebenso abgelehnt wie die Forcierung familienplanerischer Maßnahmen: Weil die Bilder, die gezeichnet werden, das weltweite Problem „überzeichnen“, weil sie die Menschen im Süden nicht zu Partnern machen, weil andere Phänomene ursächlicher für die Verarmung sind, weil die Zahl der Kinder nicht primär durch Angebote im Bereich der Familienplanung, sondern am ehesten durch soziale und ökonomische Absicherung gesenkt wird, weil moderne Kontrazeptiva nicht Hauptbestandteil sondern nur ergänzendes Angebot in Entwicklungsprojekten darstellen können. „Bevölkerungsprobleme“ in den Ländern des Südens werden in der Entwicklungszusammenarbeit und der zugehörigen wissenschaftlichen Literatur primär aus der Perspektive thematisiert, dass eine zu große Bevölkerungsdynamik die Lösung anderer Probleme wie etwa die ökologische Übernutzung erschwert.

Bevölkerungspolitik in Form von Familienplanung lässt sich den *Menschen in den Industrieländern des Nordens* recht gut als sinnvolle und großzügige Form der Entwicklungshilfepolitik verkaufen. Wenn die vielen Kinder für die Armut der Menschen in den Ländern des Südens verantwortlich gemacht werden und nicht die ungerechten Verteilungswirkungen der Weltökonomie, so liegt die Verantwortung für die Verarmung bei den Armen selbst. Bevölkerungspolitik in Form von Projekten, die eine moderne Familienplanung propagieren, wird heute von den *Regierungsverantwortlichen in den Ländern im Süden* selbst am beharrlichsten verfolgt und finanziert. Bevölkerungslobby und der Druck der großen internationalen Finanzorganisationen haben dafür gesorgt, dass die „Reduzierung der hohen Geburtenzahlen“ heute offizielles Ziel der Politik in vielen Ländern des Südens darstellt.

Feministinnen zählen jahrzehntelang zu den größten Kritikerinnen der internationalen Bevölkerungspolitik. Ein Teil der stärker *institutionalisierten Frauen* arrangiert sich auf der Konferenz in Kairo 1994 mit dem Grundanliegen des internationalen Bevölkerungsetablishment (der Reduzierung der Zahl der Geburten) und dessen Geld und setzt mittels gekonntem Lobbying durch, dass Bevölkerungspolitik heute tatsächlich immer weniger unter dem Schlagwort „Familienplanung“ und immer häufiger unter jenem der „reproduktiven Gesundheit“ betrieben wird.

Dieser Artikel folgt der Überzeugung, dass „Überbevölkerung“ als Hauptsache von Verarmung von der Bevölkerungslobby immer wieder diskursiv hergestellt wird. Aus feministischer Perspektive schließen wir uns der Kritik der Schweizer Frauengruppe Antigena an, die auch die Art der Feminisierung von Bevölkerungspolitik, wie sie seit Kairo erfolgt, ablehnt. Unter anderem weil (vgl. die Dokumentation in Kozuch 1999: 92ff)

- Bevölkerungspolitik immer darauf ausgerichtet ist, „überflüssige Arme“ abzuschaffen anstatt für eine gerechtere Verteilung des Reichtums zu sorgen;
- Bevölkerungspolitik immer gegen Frauen gerichtet ist, weil, wer die Anzahl der Menschen reduzieren will, die Gebärfähigkeit der Frauen kontrollieren muss;
- die Integration von Bevölkerungspolitik in Entwicklungspolitik immer auf eine Instrumentalisierung von Entwicklung für bevölkerungspolitische Zwecke hinausläuft;
- eine Bevölkerungspolitik, die reale Herrschaftsverhältnisse umgeht, nie ethische Postulaten genügen kann;
- das Recht auf ein Leben in Würde, welches die sexuelle Integrität, eine geachtete soziale Stellung und eine gesicherte ökonomische Basis beinhaltet, ein Grundrecht an sich und nicht mit Bevölkerungspolitik zu verknüpfen ist;
- Frauen ein funktionierendes Basisgesundheitswesen brauchen und die Forderung nach einem speziell ihre Reproduktionsfähigkeit betreffenden Gesundheitssystem nur aus einem bevölkerungspolitischen Kontext einsichtig ist.

### Abstracts

*Argumentation in this paper is based on the assumption that „the fact that overpopulation is the main cause for poverty and pauperization in the south“ is reproduced continually in a discursive way. It is shown which financial resources, strategies and lines of argumentation are being used by the international population lobby to impress upon people that family planning is the best way to deal with global poverty.*

*Im Artikel wird davon ausgegangen, dass „Überbevölkerung“ als Hauptursache von Verarmung in den Ländern des Südens immer wieder diskursiv hergestellt wird. Vor diesem Hintergrund wird gezeigt, mit welchen Geldmitteln, mit welchen Strategien und mit welchen Argumenten es der internationalen Bevölkerungslobby gelingt, in unseren Köpfen zu verankern, dass der Armut weltweit am besten mit Familienplanung zu begegnen ist.*

### Literatur

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). 2000. „Deutscher Beitrag für Bevölkerungsfonds steigt – Bundesentwicklungsministerium weist Behauptungen der Stiftung Weltbevölkerung zurück.“ Pressemitteilung vom 11.07.2000 (<http://www.bmu.de/presse/presse014.html>; 08.02.01).
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). 1998. „Industriestaaten halten ihre Zusagen nicht ein: Schleichender Rückzug aus der weltweiten Familienplanung?“ Pressetext vom Juni 1998 (<http://www.dsw-online.de/presstexte98.html#jahresende>; 21.01.01).
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). 2001. Factsheet Weltbevölkerung – Entwicklung und Projektionen (<http://www.dsw-online.de/wbprojektionbg.html>, 12.01.2001).
- Donaldson, Peter J. 1990. *Nature Against Us: The United States and the World Population Crisis, 1965–1980*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Hartmann, Betsy. 1999. „Population, environment and security. A new trinity.“ In: Jael Silliman und Ynestra King. Hg. *Dangereous Intersections. Feminism, Population and the Environment*. London und New York: Zed Books, 1–23.
- Heim, Susanne und Ulrike Schaz. 1996. *Berechnung und Beschreibung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte*. Berlin/Göttingen: Verlag der Buchläden Schwarze Risser/Rote Strasse.
- Heim, Susanne und Ulrike Schaz. 1994. „Das Revolutionärste, was die Vereinten Staaten je gemacht haben“ – Vom Aufstieg des Überbevölkerungsdogmas“. In: Christa Wichterich. Hg. *Menschen nach Maß: Bevölkerungspolitik in Nord und Süd*. Göttingen: Lamuv, 129–150.
- Kozuch, Karin. 1999. *Zwischen Gebärzwang und Zwangssterilisation. Die bevölkerungspolitische Debatte in der internationalen Frauenbewegung*. Münster: Unrast.
- Leisinger, Klaus. 2000. *Die sechste Milliarde. Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung*. München: Beck (2. unv. Auflage).
- Münz, Rainer und Ulrike Plichta. 2000. *6 Milliarden – betrifft uns das? Ursachen und Auswirkungen des Weltbevölkerungswachstums*. Wien: Österreichische Stiftung für Weltbevölkerung und internationale Zusammenarbeit.
- Nuscheler, Franz. 1996. *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Bonn: Dietz (4. aktualisierte Auflage).

Österreichische Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF). 1999. „Anliegen der ÖGF im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZA)“. *Ögf-newsletter* 1, 1, 1.

Österreichische Stiftung für Weltbevölkerung und Internationale Zusammenarbeit (SWI). 2001a. Ziele (<http://www.swi-austria.org/>; 12.01.01).

Österreichische Stiftung für Weltbevölkerung und Internationale Zusammenarbeit (SW). 2001b. Thema (<http://www.swi-austria.org/>; 12.01.01).

United Nations (UN) Commission on Population and Development. 2000. The flow of financial resources for assisting in the implementation of the Programme of Action of the International Conference on Population and Development. Report of the Secretary-General, 18 January 2000, E/CN.9/2000/5 (<http://www.unpd.org/popin/unpopcom/33rdsess/official/5e.pdf>; 12.02.01).

United Nations Population Fund (UNFPA). 1998. Global Population Assistance Report 1996 ([http://www.nidi.nl/restflows/rt\\_download/gpar96/gpar.htm](http://www.nidi.nl/restflows/rt_download/gpar96/gpar.htm); 12.02.01).

United Nations Population Fund (UNFPA). 1999. *Weltbevölkerungsbericht 1999. 6 Milliarden – Zeit für Entscheidungen*. Stuttgart: Balance Verlag.

Wichterich, Christa. 1995. „Postfeministische Politik bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo.“ *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 38, 110–130.

Elisabeth Aufhauser, Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

e-mail: [elisabeth.aufhauser@univie.ac.at](mailto:elisabeth.aufhauser@univie.ac.at)

Rosa Diketmüller, Institut für Sportwissenschaften, Universität Wien, Auf der Schmelz 6, A-1150 Wien

e-mail: [rosa.diketmueller@univie.ac.at](mailto:rosa.diketmueller@univie.ac.at)